

Glück Auf

GLÜCK AUF
Mitteilungsblatt der KPÖ Fohnsdorf

www.kpoe-steiermark.at

Nummer 101, Februar 2006 - Postentgelt bar bezahlt - Aufgabepostamt 8020, An einen Haushalt in Fohnsdorf

Zeitung der **KPÖ** Fohnsdorf

EGAM wird verkauft: Viele Fohnsdorfer sind betroffen

Jetzt ist es amtlich: Das Finanzministerium hat durch Zeitungsinserte die Privatisierung der Entwicklungsgesellschaft Aichfeld Murboden GmbH (EGAM) ausgeschrieben.

Damit gelangen 9 Wohnanlagen in den Gemeinden Judenburg, Zeltweg, Knittelfeld, Fohnsdorf und Spielberg mit insgesamt 740 Mietwohnungen und 60.000 Quadratmeter Wohnnutzfläche in die Hände privater, gewinnorientierter Wohnungsgesellschaften. Den Mietern wird keine Möglichkeit geboten, ihre Wohnungen günstig selbst zu erwerben.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder kritisierte diesen Schritt: „Der Ausverkauf öffentlichen Wohnraums geht weiter. Nach den Werkwohnungen und den Wohnungsgesellschaften

EGAM: Entwicklungsgesellschaft Aichfeld Murboden GmbH

Die EGAM wurde im Zuge der Schließung des Fohnsdorfer Bergbaus gegründet. Ziel war die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, aber auch die Schaffung von Wohnraum. In Fohnsdorf wurde die sogenannte „Sautrosiedlung“ errichtet.



des Bundes ist nun die EGAM an der Reihe. Diese Gesellschaft war gegründet worden, um die Region Aichfeld-Murboden zu entwickeln und dort günstigen Wohnraum zu schaffen. Jetzt wird privatisiert.“ Die steirische KPÖ warnt vor dieser gefährlichen Entwicklung und fordert das Land Steiermark auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Wohnungen in das Eigentum des Lande zu überführen.

Die KPÖ-Gemeinderätinnen der Region Christine Erschbaumer (sie ist selbst

Mieterin einer EGAM-Wohnung in Judenburg), LAbg. Ing. Renate Pacher (Knittelfeld), Elfriede Wieser (Fohnsdorf) und Ernst Wieser (Zeltweg) wiesen darauf

(rd. 2.500 m² Nutzfläche) und

- 537 Garagen, Tiefgaragen, Abstellplätze und Parkplätze.

Diese wurden in den

hin, dass schon der Verkauf der Bundeswohnungen Verschlechterungen für die Mieter gebracht hat: „Wenn alles auf den Markt geworfen wird, gibt es kein soziales Korrektiv mehr!“ Die Bürgermeister der Region werden aufgefordert, ihre Position als Mitgesellschafter der EGAM im Sinne der MieterInnen zu nützen.

Die EGAM hat einen Immobilienbestand von:

- 740 Mietwohnungen (rd. 60.000 m² Wohnnutzfläche)
- 16 Gewerbelokalen

Jahren 1975 bis 1984 ohne zu Hilfenahme von Wohnbauförderungsmitteln errichtet. Die Republik Österreich, vertreten durch das Finanzministerium für Finanzen, ist am Stammkapital dieser Gesellschaft in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro mit 98% beteiligt. Mitgesellschafter sind die Stadtgemeinden Judenburg, Zeltweg, Knittelfeld, Fohnsdorf.

Die Gesellschaft sollte zu einer positiven Regionalentwicklung im Aichfeld beitragen. Jetzt wird ihr Vermögen auf den Markt geworfen.

**KURZ
BEMERKT...**

- ...dass die Hafenarbeiter durch entschlossene Aktionen ein EU-weites Sozialdumping verhindert haben. Das ist ein Beispiel für andere Bereiche.
- ..dass Fohnsdorf einen Wohnungsüberschuss hat. Viele Wohnungen stehen leer. Auch daran sieht man den Bevölkerungsrückgang im Ort.
- ..dass es im Bezirk Judenburg zuletzt 1.792 (1624) registrierte Arbeitssuchende gegeben hat Die Arbeitslosenrate ist auf 9,8% gestiegen. Im Dezember 2004 ist sie noch bei 8,9 % gelegen. Im ganzen Bezirk gibt es 58 offene Stellen.
- ...dass der Unmut der Bevölkerung über die EU vorgeschriebenen neuen Briefkästen sehr groß ist. Jetzt stellt sich heraus, dass man die alten Briefkästen der Post neben den neuen hängen lassen kann. Die Post wird in diesem Fall weiterhin die alten Briefkästen bedienen.
- ...dass die Gemeinde die Zuzahlung von 45 Euro für die Musikschüler gekürzt hat. Als Grund wird eine Sparmaßnahme des Landes angegeben.
- ...dass Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger in der Resti am 2. Februar seine erste Sprechstunde abgehalten hat.

EU: Nein danke!

Die steirische KPÖ ist keine Partei der Besserverdiener. Deshalb stehen wir konsequent an der Seite der sozial benachteiligten Menschen, die – wie alle Umfragen zeigen – besonders scharfe Kritik an der EU üben.

Der Sozialwissenschaftler Ernst Gehmacher hat festgestellt, dass die EU-Gegnerschaft vor allem soziale Gründe hat. Diese Unzufriedenheit kann sich laut Gehmacher in eine linke Richtung entladen. Die steirische KPÖ arbeitet daran, dass sich das auch politisch ausdrückt – nicht ganz ohne Erfolg, wie zuletzt die Landtagswahl am 2. Oktober 2005 gezeigt hat.

„Nur 26 % der Bevölkerung unseres Bundeslandes vertrauen der EU. Das ist ein gutes Zeichen. Die EU kommt uns zu teuer. Wir brauchen in der Steiermark

und in Europa Alternativen, die den arbeitenden Menschen nützen. Das ist eine Schlussfolgerung aus den präsentierten Daten des EU-Barometers.



KLEIN, ABER MIT BISS

EU-Minister müsste man sein. Da kann man jetzt auf Kosten der österreichischen Steuerzahlen gratis nach Österreich fahren.

Die EU kommt uns zu teuer!

Helfen statt reden! **KPÖ**

Aus dem Steiermärkischen Landtag
Initiativen, Berichte, Dokumente

**TÄGLICH AKTUELL:
UNTER
WWW.KPOE-STEIERMARK.AT**



AT&S –Ade

Die Androsch-Firma AT&S ist in Fohnsdorf Geschichte. Die Beschäftigten müssen jetzt nach Hinterberg pendeln. Die Firmenleitung hat sich diese Standortkonzentration Millionen von Euro kosten lassen.

Jetzt hört man, dass das Arbeitsklima in Leoben

nicht das Beste sein soll. Die Chemie zwischen Leobenern und Fohnsdorfern soll nicht immer stimmen.

Während die Firmenleitung versichert, dass der Standort Hinterberg eine große Zukunft hat, plant man schon neue Betriebe – in Indien und in China.

Der große Saal der Fohnsdorfer „Resti“ Ideal für Veranstaltungen und größere private Feiern!

Auch Dauervermietung möglich! Tel. 21 66



Anfragen unter: KPÖ-Fohnsdorf, Tel.: 03573/ 21 66

Therme: Die unendliche Geschichte geht weiter

Im Voranschlag der Gemeinde Fohnsdorf sind die Ausgaben für den Spatenstich der Therme Gabelhofen vorgesehen.

Eine Sondersitzung des Gemeinderates im Jänner 2006, bei der es um die Therme gehen sollte, hat aber nicht stattgefunden. Jetzt steht Aussage gegen Aussage. VP-Landeshauptmannstell-



vertreter Schützenhöfer hatte im Landtag gesagt, dass die Betreiber bis Jahresende 2005 ein Gesamtkonzept vorlegen sollten, der Bürgermeister sagt, dass alles in Ordnung ist und nur noch ein paar Details fehlen.

Die unendliche Geschichte rund um die Therme Gabelhofen geht weiter. Außer finanziellen Belastungen für das Gemeindebudget durch die Kosten für Studien etc. ist aber bisher nichts zu sehen.

KPÖ-Gemeinderätin
Elfi Wieser
Tel. 0676 / 372 4677



Liebe Fohnsdorferin!
Lieber Fohnsdorfer!

Weniger Einnahmen

Die Einnahmen aus der Kommunalsteuer sinken in diesem Jahr um 320.000 Euro! Die Gemeinde Fohnsdorf verliert über 4 Millionen Schilling, vor allem weil der Betrieb von AT&S nach Leoben-Hinterberg verlagert worden ist und weil es bei FACC Kündigungen gegeben hat. Das wirkt sich auch auf das Gewerbe im Ort aus. Und Ersatzarbeitsplätze sind weit und breit nicht in Sicht.

Mit 320.000 Euro könnte man einiges anfangen. Dieses Geld fehlt uns aber. Die Gemeinde ist sogar gezwungen, die Rückzahlung von Schulden an die Banken auszusetzen, damit wir überhaupt ein Budget zustandebringen.

Trotzdem müssen wir zahlen: Die Landesumlage steigt um 104.000 Euro auf 489.000 Euro! Dieses Geld zahlen wir an das Land Steiermark und können nur hoffen, dass wir Bedarfszuweisungen in ausreichendem Umfang zurückbekommen. Im ordentlichen Haushalt sind aus diesem Titel nämlich nur 76.000 Euro vorgesehen.

Ich nenne diese Zahlen, weil sie den Kontrast zwischen den Wahlversprechen des letzten Jahres und der Realität aufzeigen.

Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, wenn Fohnsdorf eine gute Zukunft haben will. Unser Vorschlag, im Schulungszentrum Fohnsdorf eine überbetriebliche Lehrwerkstätte einzurichten, wäre ein Schritt in diese Richtung.

Dafür arbeiten wir: In der Gemeinde und seit einigen Monaten auch im Landtag.

Glück auf!

Ihre Gemeinderätin
Elfriede Wieser



KPÖ
FOHNSDORF

HELFEN STATT REDEN

Wofür die KPÖ-Politikerbezüge 2005 verwendet wurden

Wie jedes Jahr legte Ernest Kaltenegger die Verwendung seiner Politikerbezüge offen, diesmal zum ersten Mal in seiner Funktion als Obmann des KPÖ-Landtagsklubs. Ebenso die KPÖ Landtagsabgeordneten Werner Murgg, Renate Pacher und Claudia Weithaler.

Für KPÖ-Mandatarinnen und -mandatare gilt eine Einkommensgrenze von 1950 Euro, darüber hinausgehende Beträge werden in den Sozialfonds von Ernest Kaltenegger, dessen Bruttoeinkommen als Klubobmann sich monatlich auf 9.659,10 Euro beläuft, einbezahlt.

Durch die Vertretung der KPÖ im Steiermärkischen Landtag stiegen die Ausgaben für in Not geratene Menschen im Jahr 2005 auf insgesamt 68.490,60 Euro, zusätzlich wurden

19.506 Euro für Sozialprojekte spendet.

Klubobmann Ernest Kaltenegger: „Die meisten Probleme gibt es in den Bereichen Strom, Heizung und Miete. Es gibt aber auch immer mehr Menschen, die sich an uns wenden, weil sie ihren Lebensbedarf nicht mehr decken können. Wir können den Betroffenen oft schnell und unbürokratisch helfen. In Österreich gibt es sehr viele Menschen, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Hauptbetroffen sind Mindestrentnerinnen und Alleinerzieherinnen.“

Diese Unterstützungen sind notwendig, weil viele Menschen kurzfristig Hilfe brauchen. Unsere Landtagsarbeit zielt darauf ab, die Lebensbedingungen so zu verbessern, dass Menschen nicht auf Unterstützungen angewiesen sind.“



Was Landespolitiker verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Landeshauptmann	14.682 Euro
Landeshauptmann-Stellvertreter	13.909 Euro
Landesräte	13.136 Euro
1. Landtagspräsident	10.432 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.727 Euro
Landtagsabgeordnete	5.022 Euro

Großverdiener:

Doppelfunktion verhilft Ex-Landesrat Wolfgang Erlitz (SP) zu fettem Konto

Der ehemalige Gesundheitslandesrat Erlitz wurde nach der Landtagswahl auf Vorschlag der SPÖ zum amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats gewählt; gleichzeitig sitzt Erlitz als SPÖ-Vertreter im Bundesrat in Wien. Der Vertreter der KPÖ im 15-köpfigen Landesschulrat, AHS-Lehrer Andreas Fabisch, war bei dieser Wahl der einzige, der Erlitz nicht seine Stimme gab.

Fabisch: „Diese Funktion an der Spitze des Landesschulrats ist eines der verantwortungsvollsten Ämter, die das Land Steiermark zu vergeben hat.“

Deshalb kann die Funktion sicher nicht als Halbtagsjob, zusätzlich zur Tätigkeit als Bundesrat in Wien, ausgeübt werden. Ämterkumulierungen dieser Art lehnen wir entschieden ab!“

Als Landesschulratspräsident verdient Erlitz knapp 8000 Euro monatlich. Zusammen mit seinem Bezug als Bundesrat von rund 3700 Euro verdient er beinahe so viel wie als Landesrat. Das legt den Verdacht nahe, dass Erlitz nur mit Hilfe dieses Doppelamtes dazu zu bewegen war, seinen Sessel als Gesundheitslandesrat an Helmut Hirt abzutreten.

**Teures Wohnen?
Schulden?
Probleme mit Pension?**

Notruf 0676/ 866 60 343



in Stadt
Land **KPÖ**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!

Termine in der RESTI werden gesondert bekanntgegeben

Teufelskreis Sozialhilfe

Wer einen Job bekommt, muss Sozialhilfe für arbeitslose Zeit zurückzahlen. KPÖ fordert Ende dieser Regelung.

Nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist die Erhöhung der Sozialhilfe um 2,7 Prozent, während es gleichzeitig eine Regresspflicht für Sozialhilfebezieher gibt. KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger kritisierte die großspurigen

Ankündigungen von LH-Stellvertreter Kurt Flecker, die für ihn bloße Kosmetik sind. „Durch die Rückzahlungspflicht kann sich das Land das Geld zurückholen, sobald die Sozialhilfebezieher wieder über ein eigenes Einkommen verfügen“, so

Kaltenegger. Es geht sogar so weit, dass Eltern die Sozialhilfe für ihre erwachsenen Kinder zurückzahlen müssen und so selbst in Not geraten.

Der Landtagsklub der KPÖ wird die Steiermärkische Landesregierung deshalb im Februar in einem Antrag auffordern,

die Regresspflicht bei der Sozialhilfe abzuschaffen.

„Die Erhöhung der Sozialhilfe um 13 Euro ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Landesrat Flecker sollte besser die Regresspflicht bei der Sozialhilfe abschaffen. Diese stellt gerade für jene Menschen, die am Arbeitsmarkt keine guten Chancen haben, eine zusätzliche Hürde dar“, fordert Ernest Kaltenegger.

Landtag gegen Post-Verkauf

Vor den schwerwiegenden Folgen der Postprivatisierung für die kommunale Infrastruktur warnte KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher in einem Entschließungsantrag am 17. Jänner.

Im Sinne der regionalen Nahversorgung des ländlichen Raumes forderten KPÖ, Grüne und SPÖ die Bundesregierung auf, von der geplanten Privatisierung der Post Abstand zu nehmen.

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger machte auf eine fatale Entwicklung aufmerksam:

„Die EU hat sich wieder einmal als Wegbegleiterin der Abschaffung öffentlichen Eigentums erwiesen. Die totale Liberalisierung hört bei der Post aber nicht auf, bald trifft es die Eisenbahn und das Nahverkehrswesen.“

Kritik an den Aussagen von VP-Klubobmann Drexler, der in seiner Wortmeldung für den völligen Rückzug des Staates aus allen wirtschaftlichen Aktivitäten eintrat, übte KPÖ-LAbg. Werner Murgg: *„Wir müssen von solchen schablonenhaften Einordnungen wegkommen, wenn wir eine wirtschaftspolitische Debatte führen wollen. Immerhin hat eine solche heute in Ansätzen stattgefunden.“*

6. Sepp Kampl Gedenktournier



Preisschnapsen

der KPÖ Fohnsdorf

**Samstag 11. März 2006
ab 16 Uhr**

**Resti, Josefiplatz 3a, Fohnsdorf
Vorverkauf: 4 Euro (bei Trafik Wieser)
Frauen sind herzlich willkommen**



- 1. Preis: 300 Euro**
- 2. Preis: 150 Euro**
- 3. Preis: 75 Euro**

GLB

www.kpoe-steiermark.at

kaltenegger
KPÖ

Strompreis: Kaum ist die Wahl vorbei kommt es zu Erhöhungen

Der Strom wurde für viele Steirer mit Jahresbeginn um bis zu sieben Prozent teurer.

Der Strom wird für die Steirer empfindlich teurer. Mit 1.1.2006 hat die STEWEAG/STEG (SSG), eine Tochter der ESTAG, die Strompreise für Haushalte um sechs bis sieben Prozent erhöht. Die ESTAG, sie ist mehrheitlich im Be-

sitz des Landes Steiermark, rechtfertigt den höheren Strompreis mit gestiegenen Energiepreisen. Die Gaspreise wurden ja bereits erhöht. Alle vollmundigen Versprechen von ÖVP und SPÖ vor der Landtagswahl sind damit zerronnen wie der sprichwörtliche Schnee in der Märzsonne. In der Landtagssitzung im November hat KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg Landeshauptmann Franz Voves per Anfrage in die Pflicht genommen.

Für viele Menschen ist die Stromrechnung kaum nachvollziehbar. Wir bieten Erklärungen, wie sie sich zusammensetzt: Grundsätzlich unterscheidet man zwischen dem Energiepreis und der Grundgebühr. Die

Grundgebühr wiederum besteht aus dem Leistungspreis und dem Grundpreis. Während den Grundpreis die SSG selbst festlegt, wird der Leistungspreis von der E-Control festgesetzt. Diese Grundgebühr, die allerdings nur einen geringen Teil der Stromrechnung ausmacht, stieg mit 1. Jänner für Klein- und Mittelverbraucher um etwa neun Prozent. Dafür verantwortlich ist allein die SSG, denn die Erhöhung ergibt sich aus einer Erhöhung des Grundpreises um stolze 20 Prozent. Der Leistungspreis bleibt gleich.

Nun zum Verbrauchspreis, dem Hauptteil der Stromrechnung: Er setzt sich aus dem Nutzungsentgelt und dem Netzverlustentgelt - beides setzt die E-Control fest - und dem Energiepreis zusam-



men. Der Energiepreis wird wiederum von der SSG festgelegt. Er steigt, je nach Verbrauch, um 14 bis 18 Prozent. Diese Erhöhung ist letztlich für den um sechs bis sieben Prozent höheren Tarif verantwortlich, da die von der E-Control festgesetzten Netzentgelte gleich bleiben.

Vollkommen unverständlich ist die von der SSG vorgesehene Erhöhung des Grundpreises von 24 bzw. 19,6 Prozent für kleine und mittlere Verbraucher (Home Small mit weniger als 2.000 kWh im Jahr bzw. Home Medium mit einem Verbrauch von 2.000 bis 14.000 kWh im Jahr), während für Abnehmer größerer Mengen, sogenannte Home Large-Haushaltskunden mit einer Abgabemenge von mehr als 14.000 kWh im Jahr, der Grundpreis sogar marginal sinkt.

In Summe bleibt vielen Steirern vorerst nur, die sprichwörtliche „Krot zu fressen“; und das Wissen, das Versprechen allzu gerne leer sind.

Doch kein Strombonus?

Mit Befremden nimmt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger die Ankündigung von LH Franz Voves zur Kenntnis, im Jahr 2006 keinen Strombonus auszahlen zu wollen. Voves setzt sich damit über die Mehrheit im Landtag hinweg. Er relativiert mit seiner Vorgangsweise auch seine eigene Zusage, wonach er sich für einen Strombonus einsetzen wolle.

Landeshauptmann Voves hatte in seiner Reaktion auf die Anfrage von KPÖ-LAbg. Dr. Werner Murgg in der Landtagsitzung am 15. November 2005 wörtlich zugesichert:

„... Daher werde ich in der Budgetklausur der Landesregierung am 28. November dieses Jahres [2005] einen neuerlichen Landesbonus für die ESTAG-Kunden mit Privatkundenpreismodellen zur Diskussion stellen.“

Ernest Kaltenegger: „Wir fordern Landeshauptmann Voves auf, zu seinem Wort zu stehen und sich für einen steirischen Strombonus einzusetzen.“



Strom aus der Steiermark

Verbrauch 2.000 bis 14.000 kWh im Jahr ab 1.1.2006

Leistungspreis	1,74 Euro pro Monat
Grundpreis	1,71 Euro pro Monat (plus 19,6 Prozent)
daraus Grundgebühr	3,45 Euro pro Monat (plus 8,8 Prozent)
Netznutzungsentgelt	5,48 Cent pro kWh
Netzverlustentgelt	0,331 Cent pro kWh
Energiepreis	4,759 Cent pro kWh (plus 15 Prozent)
daraus Verbrauchspreis	10,57 Cent pro kWh (plus 6,2 Prozent)
Mehrkosten Ökostrombezug	0,179 Cent pro kWh

Rezeptgebühr: Die Ärmsten müssen zahlen

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass die Gebühren für Angehörige für von der Rezeptgebühr befreite Hauptversicherte abgeschafft werden.

Was kompliziert klingt, ist ganz einfach: Derzeit müssen Mitversicherte von Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind, die also ohnehin zu den sozial Schwächsten zählen, bei Krankenhausaufenthalten Selbstbehalt berappen. Ihre Angehörigen, bei denen sie mitversichert sind, sind von dieser Abgabe aber befreit. Diese Regelung ist für die KPÖ ungerecht.



Gesundheitslandesrat Helmut Hirt zeigte für den Vorstoß zwar Verständnis, meinte aber, dass die Handhabung des Gesetzes dem Bund obliegt. Dem ist aber nicht so.

„Die Steiermark kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und den Betroffenen schnell helfen“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Sein Antrag wurde im Gesundheitsausschuss einstimmig angenommen. Nun bleibt abzuwarten, ob die Landesregierung bereit ist, auch den sozial schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft eine gute medizinische Versorgung ohne hohe Kosten zu ermöglichen.

UNFASSBAR: SIEMENS-BOSS SITZT IM AUFSICHTSRAT DER GEWERKSCHAFTSBANK

Wer sich bisher gefragt hat, warum der ÖGB trotz vollmundiger Ankündigungen faktisch keinen Widerstand gegen den Verkauf der VA-Tech an Siemens geleistet hat, ist dieser Tage klüger geworden. Anlässlich der dubiosen Kreditgeschäfte der BAWAG, ist bekannt geworden, daß niemand geringerer als der Siemens-Austria-Boss Albert Hochleitner im Aufsichtsrat der Gewerkschaftsbank BAWAG sitzt.

Unfaßbar: der Hauptprofiteur der Verscherbelung österreichischen Eigentums sitzt mitten im finanziellen Machtzentrum des ÖGB. Mittlerweile ist Hochleitner auch bereits als zukünftiger ÖIAG-Aufsichtsratspräsident im Gespräch. Vielleicht ist das der Grund, warum die Spitze der Postgewerkschaft nicht mehr über das OB, sondern nur mehr über das WANN der Postprivatisierung nachdenken mag?



KPÖ-Landtagsabgeordnete
Claudia Klimt-Weithaler

8. März – Internationaler Frauentag

Mädchen wachsen heute in dem Gefühl auf, dass sie gleichberechtigt sind und ihnen später alle Türen offen stehen – oder zumindest genauso viele wie den Burschen. Die Frauenbewegung erscheint ihnen oft antiquiert, denn deren Ziele sind ja vermeintlich schon erreicht. Das böse Erwachen kommt erst nach dem Schulabschluss, bei Studentinnen oft erst nach dem Examen: ihre Berufschancen sind schlechter, Frauen bekommen in den meisten Bereichen für gleiche Arbeit weniger Geld als ihre männlichen Kollegen.

Die starke Ausweitung der Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in den unteren Einkommensschichten trägt wesentlich dazu bei, dass sich die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ausweitet. Frauen stellen in Österreich immer noch den Großteil der Teilzeitarbeitskräfte: 37,1 % der Frauen sind teilzeitbeschäftigt, jedoch nur 3,9 % der Männer. Die Einkommen von Frauen bleiben merklich hinter jenen der Männer zurück. Im Jahr 2003 lagen sie im Durchschnitt bei 67,2 % der Männereinkommen – der Abstand war damit um 1,5 Prozentpunkte größer als Mitte der 90er Jahre.

Frauen werden weltweit benachteiligt, das ist eine Tatsache. Für viele Frauen steht Gewalt an der Tagesordnung. Gewalt gegen Frauen, körperliche wie strukturelle, ist letztlich immer Ausdruck des Machtgefälles, das zwischen den Geschlechtern existiert.

Die KPÖ wird am 8. März Aktionen und Veranstaltungen durchführen, die frauenspezifische Probleme aufzeigen. Denn: letztendlich muss unser Ziel eine Gesellschaft sein, in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt, weil wir alle, Frauen, Männer und Kinder unseren Bedürfnissen entsprechend gleich behandelt werden!

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

Claudia Klimt – Weithaler,
geboren 1971, wohnt in Tobelbad, 2 Kinder.
Landtagsabgeordnete der KPÖ

Als Mitglied in den Ausschüssen für

- Soziales (Arbeitsmarkt, Jugend, Frauen, Familie, KonsumentInnen & SeniorInnen)
 - Bildung (Bildung, Schule, Kinderbetreuung, Wissenschaft, Forschung & Kultur)
- sowie Gesundheit und Sport

bin ich gern für Ihre Anliegen da:

Per E-Mail: claudia.klimt@kpoe-steiermark.at

Am Telefon: Dienstags zwischen 9 und 13 Uhr unter 0316/877 5104



HOCH!

MASKENBALL!

Sa. 18.2.06
in der "RESTI"
am Josefiplatz
Ab 14.30 Uhr
1,5€ Regiebeitrag

TANZEN
SPIELEN
TIPPEN

KOMM
SEI
DABEI!



LICH!
WILLKOMMEN!

EUER

KINDERLAND
FOHNSDORF

KINDERLAND FEIERT GEBURTSTAG!
SCHREIB EIN GEBURTSTAGSGEDICHT!

Name:

Alter:

Adresse: